



2010

Bericht über das Geschäftsjahr





## Bericht über das Geschäftsjahr 2010

Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	23
Jahresabschluss 2010	24
Gewinn- und Verlustrechnung	28
Anhang zum Jahresabschluss	32
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	51



### 1. Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Nachdem das Jahr 2009 im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stand, war das Jahr 2010 durch den in 2009 beginnenden konjunkturellen Aufholprozess geprägt. Die Impulse für die deutsche Wirtschaft fanden dabei im Inland statt. Entscheidend war in 2010 das historisch niedrige Zinsniveau, welches einen starken Investitionsanreiz darstellte. Da die Investoren das Risiko von Auslandsanlagen nunmehr deutlich höher einschätzten als vor der Finanzkrise, gewannen Anlagemöglichkeiten im Inland erheblich an Attraktivität. Der Außenhandel stellte nur ein Viertel des Wachstums dar. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in 2010 um 3,6%. Dieser wirtschaftlichen Erholung steht eine höhere Staatsverschuldung gegenüber. Nach dessen Berechnungen stieg die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Defizitquote auf 3,3% und überschritt damit nach fünf Jahren erstmals wieder den im Maastricht-Vertrag genannten Referenzwert von 3%, jedoch weit weniger deutlich als die überwiegende Mehrzahl der übrigen EU-Mitgliedstaaten.

Die sächsische Wirtschaft entwickelte sich korrespondierend zum gesamtdeutschen Trend. Nach der Konjunkturprognose des ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. wird in 2010 für Sachsen der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (BIP) auf 3% geschätzt. Die Entwicklung verlief damit günstiger als im ostdeutschen Durchschnitt (2,8%), aber schlechter als in Deutschland insgesamt. Ursächlich für diese Entwicklung war insbesondere die Erholung im verarbeitenden Gewerbe sowie strukturelle Unterschiede zwischen Sachsen und den ostdeutschen Bundesländern. Zum einen profitierte der Freistaat in der ersten Jahreshälfte aufgrund der größeren Auslandsverflechtung verstärkt von der noch günstigen Exportdynamik. Zum anderen ist der Anteil der Investitionsgüterproduzenten in Sachsen höher als anderswo, so dass die sächsische Wirtschaft in höherem Maße an den inländischen Investitionsanreizen partizipierte.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg gegenüber 2009 um 0,6%. Der Anstieg der Erwerbstätigen-

zahl in Sachsen ist damit niedriger als im Durchschnitt der neuen Flächenländer (0,7%), aber größer als im deutschen Durchschnitt (0,5%). Unabhängig von der Wirtschafts- und Finanzmarktlage stellt der demografische Wandel eine Herausforderung für alle Lebensbereiche im Freistaat Sachsen dar. Auch in 2010 verringerte sich die sächsische Bevölkerung. Die Entwicklung der vergangenen Jahre setzte sich somit fort. Die Gründe für den Rückgang liegen vornehmlich in den weiterhin zu niedrigen Geburtenzahlen und den anhaltenden Abwanderungen. Dresden und Leipzig waren vom Bevölkerungsrückgang nicht betroffen. Die Einwohnerzahlen stiegen in beiden Städten leicht an.

Für die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB) sind die Auswirkungen des demografischen Wandels auch wegen ihres großen Engagements im Wohnungsbau bedeutsam.

### 2. Geschäftsentwicklung

#### 2.1 Allgemein

Im Berichtsjahr betrug das Neugeschäftsvolumen der SAB 2.158,3 Mio. € und lag unter dem Vorjahresniveau (2.638,4 Mio. €), jedoch über Plan (1.878,9 Mio. €). Die Qualität des Neugeschäfts entsprach den Vorgaben der Risikostrategie und trug zur Stärkung der Risikotragfähigkeit bei. Die SAB vergab im Berichtsjahr Mittel in Höhe von 804,3 Mio. € in Form von Darlehen und 1.348,9 Mio. € in Form von Zuschüssen. Außerdem übernahm die Bank Bürgschaften in Höhe von 5,1 Mio. €.

Die in 2010 vergebenen Zuschüsse lagen um 704,5 Mio. € unter dem Vorjahresvolumen. Dies ist auf den Wegfall von Sondereffekten (z.B. Förderung nach der Verwaltungsvorschrift KommInfra 2009) und auf den Rückgang von Haushaltsmitteln des Freistaates Sachsen zurückzuführen.

2010 konnte der seit Jahren bestehende Trend der rückläufigen Darlehensförderung durch einen Sondereffekt aufgehalten werden. Dadurch wurde im Berichtsjahr ein gegenüber dem Vorjahr um 41,6% höheres Darlehensvolumen ausgereicht.

Signifikant für 2010 war zudem die kurzfristige Einführung von neun Hilfsprogrammen des Freistaates Sachsen zur Beseitigung der durch Naturkatastrophen entstandenen Schäden.

Die SAB bewilligte im Berichtsjahr 28.318 Anträge. Dies entspricht einem Rückgang um 36,8% gegenüber dem Vorjahr (44.821), was insbesondere dem Auslaufen des Programms EuK light geschuldet ist (Differenz zum Vorjahr: 15.260).

In 2010 wurden ca. 28.200 Verwendungsnachweise abschließend geprüft (Vorjahr: 19.900).

## 2.2 Beteiligungen

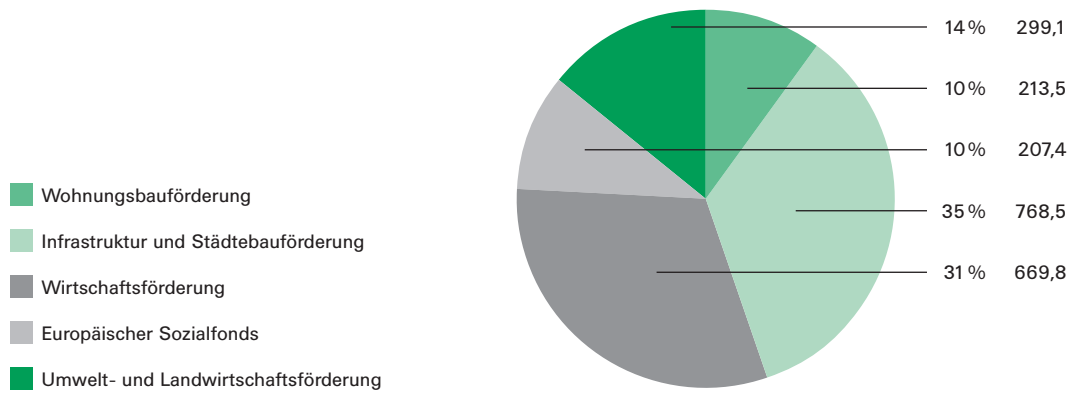
Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – beteiligt sich im Rahmen ihres Förderauftrags an folgenden Unternehmen mit einem Anteil von mehr als 25%:

- ▶ Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH – unterstützt Unternehmen bei deren Wachstums- und Turnaround-Vorhaben mit stillen und offenen Beteiligungen.

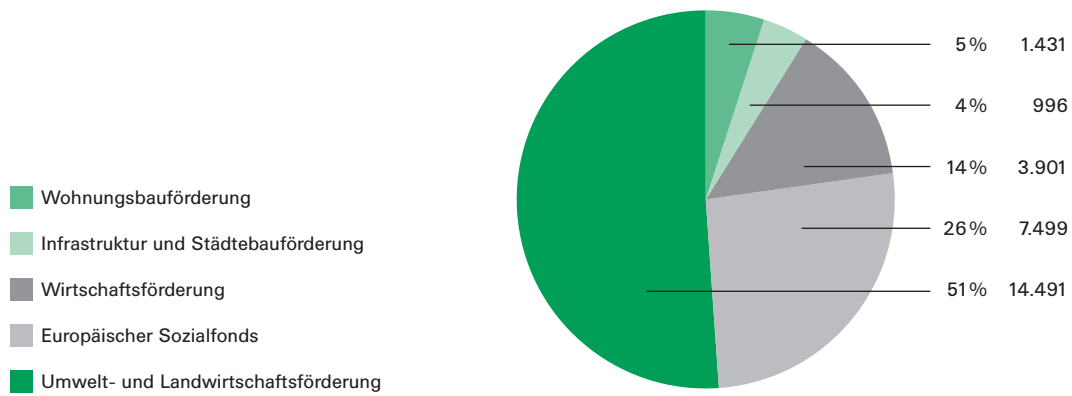
SAB und SBG bilden zusammen die SAB-Gruppe.

- ▶ **Mit der Beteiligung der SAB an der Sächsisches Staatsweingut GmbH und deren Tochtergesellschaften, der Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH und der Sektkellerei Wackerbarth GmbH,** unterstützt die Bank den Freistaat Sachsen bei der Erhaltung der sächsischen Weinkulturlandschaft.
- ▶ **Über den Businessplan-Wettbewerb futureSAX** der Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH unterstützt die SAB innovative Gründer und Unternehmer bei der erfolgreichen Realisierung ihrer Geschäftsideen bzw. Wachstumsvorhaben.
- ▶ **Die Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH** berät mit technischer Fachkompetenz kleine und mittlere Unternehmen, private Haushalte, die öffentliche Verwaltung und Bildungsträger zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien.

**Neugeschäftsverteilung 2010 nach Förderbereichen (in Mio. €)**



**Bewilligte Anträge 2010**





### 3. Ertragslage

Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandskomponenten haben sich wie folgt entwickelt:

	2010 (Mio. €)	2009 (Mio. €)
Zinsüberschuss	104,4	96,1
Provisionsüberschuss	52,1	57,9
Ordentliche Aufwendungen, davon:	75,7	68,9
- Personalaufwand	51,2	45,4
- Sachaufwand (inkl. Afa)	24,5	23,5
Sonstiges Ergebnis	2,4	39,6
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>83,2</b>	<b>124,7</b>
Neutrales Ergebnis	6,0	3,3
Außerordentliches Ergebnis	0,6	-
Risikovorsorge	-1,9	18,0
Bildung von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB	50,0	91,4
Entnahme/Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	-200,0	200,0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>241,7</b>	<b>1,4</b>

Der Zinsüberschuss konnte im Vergleich zum Vorjahresniveau – u.a. bedingt durch Einmalerelöse aus Swapaufösungen zur Verringerung des Zinsänderungsrisikos – um 8,0 Mio. € erhöht werden. Demgegenüber sank der Provisionsüberschuss aufgrund des Auslaufens von Konjunkturprogrammen. Der Personalaufwand erhöhte sich aufgrund weiterer Aufgabenübertragungen. Der Sachaufwand verblieb auf Vorjahresniveau.

Die Position „sonstiges Ergebnis“ beinhaltet das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, sonstige betriebliche Erträge und sonstige betriebliche Aufwendungen.

Das neutrale Ergebnis setzt sich insbesondere aus der erhöhten Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 3,1 Mio. € und aus Erträgen zum Ausgleich finanzieller Nachteile in Höhe von 2,5 Mio. € zusammen.

Durch die Abzinsung der Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr ergab sich

ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 0,6 Mio. €.

Die Minderung der Risikovorsorge betrug 1,9 Mio. €.

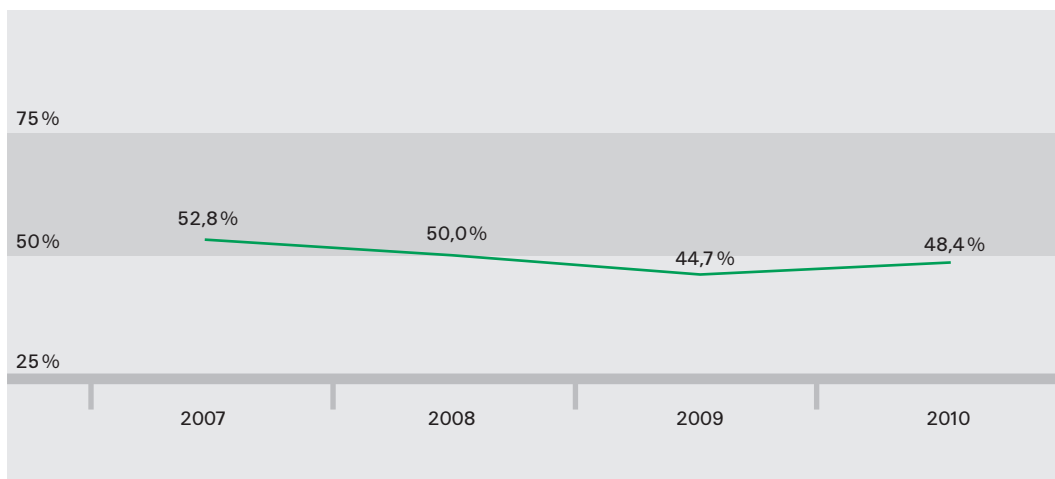
Im Berichtsjahr wurden der Vorsorgereserve für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB 50,0 Mio. € zugeführt und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB 200,0 Mio. € entnommen.

Das Jahresergebnis beträgt 241,7 Mio. €. Es soll in Höhe von 240,0 Mio. € zur Erhöhung des Stammkapitals verwendet werden, um den Anforderungen von Basel III gerecht zu werden.

Der danach verbleibende Betrag von 1,7 Mio. € wird in Höhe von 0,3 Mio. € den satzungsmäßigen Rücklagen sowie in Höhe von 1,4 Mio. € den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Die Cost-Income-Ratio, d.h. das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis, liegt bei 48,4 %.

### Entwicklung der Cost-Income-Ratio



#### 4. Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme der SAB belief sich im Berichtsjahr auf 9.094,3 Mio. € (Vorjahr: 8.686,4 Mio. €). Die Erhöhung um 407,9 Mio. € erklärt sich aktivisch im Wesentlichen mit den erhöhten Forderungen an Kunden. Auf der Passivseite ist dies im Wesentlichen auf eine Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zurückzuführen. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um 408,8 Mio. € auf 6.768,9 Mio. € (Vorjahr: 6.360,2 Mio. €). Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich auf 931,2 Mio. € (Vorjahr: 818,5 Mio. €), davon Darlehen im Hausbankverfahren in Höhe von 418,4 Mio. €. Die SAB hat Wertpapiere im Gesamtvolumen von 1.143,6 Mio. € im Bestand.

Die Bank hat 2010 Investitionen in Höhe von 5,8 Mio. € getätigt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 6.499,6 Mio. € setzten sich hauptsächlich aus Refinanzierungsdarlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe und der Europäischen Investitionsbank zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden belaufen sich auf 1.505,3 Mio. € (Vorjahr: 1.098,6 Mio. €) und resultieren aus der Mittelaufnahme auf dem Kapitalmarkt in Form von Schuldscheindarlehen und Na-

mensschuldverschreibungen sowie aus bewilligten und noch nicht ausgezahlten Fördermitteln. Der Bestand an ausschließlich zu Sicherungszwecken getätigten Derivategeschäften betrug zum Stichtag 4.323,0 Mio. €. Die Derivate werden vornehmlich zur Zinsbuchsteuerung eingesetzt. Das Stammkapital der Bank beträgt 260,0 Mio. €. Die Schuldscheindarlehen mit Nachrangabrede belaufen sich auf 140,1 Mio. €. Das haftende Eigenkapital bei Anwendung der Meldung nach Solvabilitätsverordnung liegt nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31.12.2010 bei 829,3 Mio. €. Zur Stärkung des Kernkapitals aufgrund der aufsichtsrechtlichen Verschärfungen bei den Eigenkapitalregeln soll das Stammkapital nach Feststellung des Jahresabschlusses durch Umwandlung von satzungsmäßigen Rücklagen in Höhe von 240,0 Mio. € auf 500,0 Mio. € erhöht werden.

Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sind geordnet. Die Zahlungsfähigkeit ist jederzeit gegeben.

Die SAB gehört der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH sowie dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. an.

## 5. Personalbericht

Am 31.12.2010 beschäftigte die SAB drei Vorstandsmitglieder und 947 Mitarbeiter (Vorjahr: 888), davon 207 Mitarbeiter mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen (Vorjahr: 196).

142 Mitarbeitern (Vorjahr: 124) ermöglichte die SAB die Arbeit in Teilzeit (ohne Altersteilzeit), um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. 32 Mitarbeiter befanden sich zum 31.12.2010 in Mutterschutz, Elternzeit oder sonstigen Freistellungen

(Vorjahr: 40). Außerdem waren 24 Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit (Vorjahr: 25). Auf Vollbeschäftigteneinheiten umgerechnet betrug die aktive Personalkapazität am Jahresende 855,35 (Vorjahr: 788,2).

Es kamen 124 Leiharbeitnehmer (Vorjahr: 173) zum Einsatz. Im Geschäftsjahr 2010 wurden von der SAB keine Aushilfen beschäftigt.

Die Personalstruktur der Bank stellte sich zum Stichtag wie folgt dar:

	weibliche Personen	männliche Personen	Gesamt
unter 30 Jahre	91	39	130 13,73%
30 bis 39 Jahre	219	101	320 33,79%
40 bis 49 Jahre	216	97	313 33,05%
50 bis 59 Jahre	126	36	162 17,11%
über 60 Jahre	12	10	22 2,32%
<b>alle Altersklassen</b>	<b>664</b>	<b>283</b>	<b>947 100,0%</b>

Der Anteil der Frauen an der gesamten Zahl der Mitarbeiter beträgt 70,1% (Vorjahr: 69,4%).

Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter der SAB lag zum Jahresende bei 40,77 Jahren (Vorjahr: 40,75). In den letzten fünf Jahren ergibt sich damit eine Erhöhung um 0,94 Jahre.

In 2010 stellte die Bank 141 Mitarbeiter neu ein (Vorjahr: 131), 81 Mitarbeiter verließen die SAB (Vorjahr: 54). Die Fluktuationsquote resultiert aus der Befristung von Arbeitsverhältnissen. Bei Neueinstellungen werden bei gleicher Eignung schwerbehinderte Bewerber bevorzugt berücksichtigt. Dies regelt eine mit dem Personalrat der Bank geschlossene Integrationsvereinbarung. Zum Stichtag beschäftigte die SAB 33 Schwerbehinderte (Vorjahr: 25).

Um kurzfristig auf Veränderungen der Auftragslage reagieren zu können, setzt die SAB auf den flexiblen Einsatz von Arbeitskräften (zeitliche Befristungen, Leiharbeitnehmer), Altersteilzeitregelungen sowie interne Umsetzungen. Betriebsbedingte Kündigungen wurden nicht vorgenommen. Als ordentliches Mitglied des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands wendet die

SAB die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken an. Dazu zählt auch der Gehaltstarifvertrag in seiner jeweils geltenden Fassung. Die Eingruppierung in die Tarifgruppen und die Einstufung in die Berufsjahre erfolgen gemäß §§ 6 bis 8 MTV entsprechend der ausgeübten Tätigkeit anhand der aufgeführten Richtbeispiele, hilfsweise nach den Obersätzen der Tarifgruppen.

Die Vergütung der außertariflichen Mitarbeiter wird individuell vom Vorstand festgelegt. Dabei wird die Bedeutung einer Position jeweils im Verhältnis zu der Bedeutung anderer Positionen betrachtet. Grundsätzlich werden AT-Vergütungen ab der Gruppenleiterenebene sowie für einzelne herausgehobene (Spezialisten-)Tätigkeiten gezahlt. Die Untergrenze der AT-Vergütung weist einen angemessenen Abstand zur höchstmöglichen Tarifvergütung auf. Die AT-Vergütungen werden im Zusammenhang mit tariflichen Vergütungsanpassungen regelmäßig einer Prüfung unterzogen. Es wurden 855 Mitarbeiter tariflich (Vorjahr: 792) und 92 Mitarbeiter außertariflich vergütet (Vorjahr: 96).

Das Gehaltsgefüge ist so bemessen, dass qualifiziertes Personal gehalten und gefunden wird. SAB-eigene Vergütungssysteme, variable Vergütungen und vertragliche Abfindungsregelungen existieren nicht. Die SAB setzt die seit 2003 bestehende tarifliche Möglichkeit zur Zahlung einer leistungs- und/oder erfolgsorientierten variablen Vergütung nicht um. Insofern bedarf es keines Vergütungsausschusses.

Ziel der SAB ist, die Mitarbeiter angemessen zu vergüten, aber zusätzliche Anreize, die die Mitarbeiter dazu verleiten könnten, ihr Handeln allein an finanziellen Anreizen zu orientieren, zu vermeiden. Insofern setzt die Bank keine Vergütungs- und Anreizsysteme ein, deren Ausgestaltung den in der Risikostrategie niedergelegten Zielen widerspricht.

Die tariflich vorgegebene Regelarbeitszeit in der SAB beträgt 39 Stunden pro Woche. Die mit dem Personalrat der Bank abgeschlossene Dienstvereinbarung zur flexiblen Arbeitszeit in der SAB lässt den flexiblen Einsatz der Mitarbeiter entsprechend dem tatsächlichen Arbeitsanfall und ein arbeitnehmerseitiges Zeitmanagement zu. Im Berichtsjahr hat die Bank mit 11 Mitarbeitern (Vorjahr: 3) eine Altersteilzeitvereinbarung geschlossen. Insgesamt 44 Mitarbeiter befanden sich am Jahresende in Altersteilzeit.

Die SAB bietet einem Teil ihrer Mitarbeiter eine vom Arbeitgeber finanzierte betriebliche Altersversorgung an. Hierbei handelt es sich um den Durchführungsweg einer partiell gedeckten Unterstützungskasse. Die Leistungen der Unterstützungskasse sollen langfristig denen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) gleichwertig sein. Das Versorgungswerk wurde bereits zum Zeitpunkt seiner Schaffung für Neueintritte nach dem 31. Mai 1997 geschlossen. Das Vermögen der Unterstützungskasse beläuft sich zum Stichtag auf 14.923,1 T€ (Vorjahr: 13.357,2 T€). Es umfasste zum Stichtag 408 (Vorjahr: 407) Anspruchsberechtigte, davon 337 Pensionsanwärter (Vorjahr: 352), 13 unterschiedliche Pensionsanwärter (Vorjahr: 13) und 58 Pensionsempfänger (Vorjahr: 42). Darüber hinaus können die Mitarbeiter über die Direktversicherung oder Pensionskasse Altersvorsorgeverträge (arbeitnehmerfinanziert) abschließen.

In 2010 nahmen 812 Mitarbeiter (Vorjahr: 758) an 263 externen (Vorjahr: 202) und 87 internen (Vorjahr: 88) Weiterbildungsmaßnahmen teil.

Es handelte sich um ein- oder mehrtägige Seminare, Trainings und Workshops mit den inhaltlichen Schwerpunkten Kredit, Verwaltungsrecht und Informationstechnologie. Insgesamt investierte die Bank 661,4 T€ in die berufliche Förderung ihrer Mitarbeiter.

Einmal jährlich wird mit allen Beschäftigten ein Mitarbeitergespräch durchgeführt. Mitarbeiter und Führungskräfte bekommen ein Feedback über die Leistungen und die Qualität der Zusammenarbeit. Gleichzeitig können gemeinsame Ziele für die Zukunft, abgeleitet aus den Zielen der Bank und der jeweiligen Organisationseinheit, vereinbart werden.

Im Berichtsjahr gab die SAB fünf Studenten die Möglichkeit, eine praktische Ausbildung in den Fachrichtungen Wirtschaftsinformatik oder Bankwirtschaft im Rahmen ihres betriebswirtschaftlichen Studiums an der Berufsakademie Sachsen aufzunehmen. Insgesamt befanden sich damit am Jahresende 16 Studenten in einem Ausbildungsverhältnis mit der SAB. Im letzten Jahr schlossen drei Studenten diese Ausbildung ab, von denen zwei durch die Bank befristet übernommen wurden. Die praktische Ausbildung der Fachrichtung Bankwirtschaft erfolgt im Verbund mit der Ostsächsischen Sparkasse Dresden.

## **6. Nachhaltigkeitsbericht**

Als zentrales Förderinstrument des Freistaates Sachsen trägt die SAB eine besondere Verantwortung für die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in Sachsen und will einen wesentlichen Beitrag für eine wirtschaftlich stabile, ökologisch und sozial gerechte Gesellschaft leisten. In diesem Sinne bekennt sich das Unternehmen zu einer nachhaltigen Geschäftsausrichtung und hält alle Unternehmensteile dazu an, Nachhaltigkeitsaspekte inhaltlich und organisatorisch in ihre Arbeitsfelder zu integrieren. Dazu erarbeitet die SAB aktuell eine Nachhaltigkeitsstrategie.

## **7. Nachtragsbericht**

Am 25.01.2011 hat die sächsische Staatsregierung ein Standortkonzept für die Behörden und weitere Landeseinrichtungen verabschiedet.

Unter anderem ist darin vorgesehen, mittelfristig den Sitz der Bank nach Leipzig zu verlegen. Die Gremien der Bank werden im laufenden Jahr ein Umsetzungskonzept beschließen. Mit wesentlichen Auswirkungen auf die Ertragslage der Bank im Geschäftsjahr 2011 ist nicht zu rechnen. Darüber hinaus haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres 2010 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

## **8. Risikobericht**

Als das landeseigene Förderinstitut des Freistaates Sachsen übt die SAB das Bankgeschäft nicht in allen seinen Formen aus. Die Risikostruktur wird vielmehr vom Förderauftrag des Freistaates bestimmt. Das Kreditportfolio der SAB weist daher sektorale und einzelkreditnehmerbezogene Konzentrationen auf. Außerdem bestehen Konzentrationen bezüglich der Kredite an den Finanzsektor (Hausbankenverfahren, Treasury). Die SAB ist vom Freistaat Sachsen mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ausgestattet. Außerdem haftet der Freistaat Sachsen für die von der Bank aufgenommenen Darlehen und die von der Bank begebenen Schuldverschreibungen, die als Festgeschäfte ausgestalteten Termingeschäfte, die Rechte aus Optionen und andere Kredite an die Bank sowie für Kredite, soweit sie von der SAB ausdrücklich gewährleistet werden.

Die SAB ist ein Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 1 KWG. Sie unterliegt den bankaufsichtsrechtlichen Normen und damit den Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement im Sinne des § 25a Abs. 1 KWG sowie den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Darüber hinaus hat sie handels-, förder- und haushaltsrechtliche Regelungen zu beachten.

### **8.1 Risikomanagement**

Die SAB verfügt über ein Risikomanagement- und -controllingsystem, das fest in die betrieblichen Abläufe integriert ist. Ziel der ordnungs-

gemäßen Geschäftsorganisation ist es, wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise darzustellen und zu steuern.

Die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse werden in jährliche (strategische) und unterjährige (operative) Prozesse gegliedert. Zu den strategischen Prozessen zählen neben der Risikoinventur zur Identifizierung und Beurteilung der Risiken die Risikotragfähigkeitskonzeption und die Aufstellung/Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie. Die operativen Prozesse umfassen die regelmäßige qualitative sowie quantitative Bewertung und (soweit erforderlich) Limitierung der Risiken, die turnusmäßige und die unter Risikogesichtspunkten (ad hoc) erfolgende Berichterstattung sowie die Steuerung der Risiken einschließlich der Überwachung von Maßnahmen. Das zentrale Dokument des Risikomanagements der SAB ist das Risikohandbuch. Darüber hinaus gelten weitere Arbeitsanordnungen und Fachhandbücher der im Intranet der SAB eingestellten Schriftlich Fixierten Ordnung.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Steuerung aller Risiken der Bank. Er ist verantwortlich für ein Risikomanagement- und -controllingsystem, das dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der SAB unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit entspricht. Das schließt die regelmäßige Überprüfung und fortlaufende Weiterentwicklung des Systems ein. Der Vorstand gibt die Ziele, Strategien und interne Kontrollverfahren für das Risikomanagement vor.

Grundlage für die Gesamtbanksteuerung ist die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie. Im Rahmen der Risikostrategie werden alle wesentlichen auf die Bank wirkenden Risiken innerhalb des Bankbetriebes aufgezeigt und Vorgaben zu deren Steuerung und Entwicklung festgelegt. Der Informationsfluss zwischen dem Vorstand und der zweiten Führungsebene erfolgt im Rahmen des Risikoausschusses. In diesem Ausschuss werden regelmäßig vom Vorstand sowie den Leitern der Abteilungen Risikomanagement, Controlling, Treasury, Organisation und Verwaltung sowie Innenrevision die für die Bank relevanten Risiken analysiert und bewertet.

Risiken können in sämtlichen Unternehmensbereichen auftreten. Die Bestimmung und Ana-

lyse der Risikokategorien bezieht sich auf die gesamte Bank und ihr Umfeld.

Risikokategorie	Wesentlichkeit
Adressenausfallrisiko	ja
Marktpreisrisiko	ja
Operationelles Risiko	ja
Liquiditätsrisiko	ja
Geschäftsrisiko	ja
Strategisches Risiko	keine Bewertung
Reputationsrisiko	keine Bewertung

Das Gesamtrisikoprofil der SAB wird im Wesentlichen durch die eingegangenen Kreditrisiken bestimmt. Weitere wesentliche Risiken bestehen im Marktpreisrisiko, im operationellen Risiko, im Liquiditätsrisiko sowie im Geschäftsrisiko. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind hinsichtlich ihrer quantitativen Risikowirkung nicht eindeutig abgrenzbar, nicht abschätzbar und somit auch nicht limitierbar. Sie fließen vielmehr indirekt über die übrigen Risiken in die Risikobewertung ein.

Es ist sichergestellt, dass die wesentlichen Risiken – mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos, da

dieses nicht sinnvoll mit Eigenkapital unterlegt werden kann – durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind und die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Das Risikodeckungspotenzial setzt sich aus dem Betriebsergebnis vor Risikovor-sorge, offenen Rücklagen, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie dem gezeichneten Kapital und sonstigem Ergänzungs- oder Nachrangkapital zusammen. Die Risikodeckungsmasse wird vor allem durch die Adressenausfallrisiken ausgelastet. Ein Teil wird zur Deckung der Marktpreisrisiken, operationellen Risiken und des Geschäftsrisikos benötigt. Darüber hinaus steht noch

	Wert der Risiko-deckungsmasse	Belegung durch aufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderungen	Separierung vorsorglich für Wert-papierrisiken	Verbleibender Wert der Risikodeckungsmassen für die Risikotragfähigkeit
in Mio. €				
primär (Ertrag)	82			82
sekundär (Reserven)	50		50	-
	90	265		90
tertiär (Kapital)	648			383
<b>Gesamt</b>	<b>871</b>			<b>556</b>

Risikodeckungsmasse für die Abdeckung unerwarteter Verluste zur Verfügung. Die Überwachung der Risikotragfähigkeit erfolgt GuV- und kapitalbezogen.

Ferner besteht eine Bürgschaft des Freistaates Sachsen. Hierbei handelt es sich um die Einräumung eines Bürgschaftsrahmens von ursprünglich 250,0 Mio. €. Dieser war zum 31.12.2010 in Höhe von 129,4 Mio. € mit Engagements belegt (Vorjahr: 150,5 Mio. €). Der Freistaat unterstützt damit die SAB, da die Konzentration des Adressenausfallrisikos im Kreditportfolio auf die sächsische Wohnungswirtschaft überwiegend aus der Umsetzung des Förderauftrages resultiert.

Die Risikotragfähigkeit der SAB ist gegeben. Bei der GuV-Betrachtung wurde die durch das Betriebsergebnis 2010 definierte primäre Risikodeckungsmasse nur in geringem Umfang durch die eingetretenen Risiken belegt.

Die Eigenkapitalquote nach Solvabilitätsverordnung liegt nennenswert über der aufsichtsrechtlich geforderten Größe von 8%.

## 8.2 Risikoarten

### Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr der Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen durch einen Kreditnehmer, Emittenten oder Kontra-

henten innerhalb der vorgegebenen Frist. Es umfasst das Kredit-, das Emittenten-, das Kontrahenten-, das Beteiligungs-, das Struktur- und das Länderrisiko.

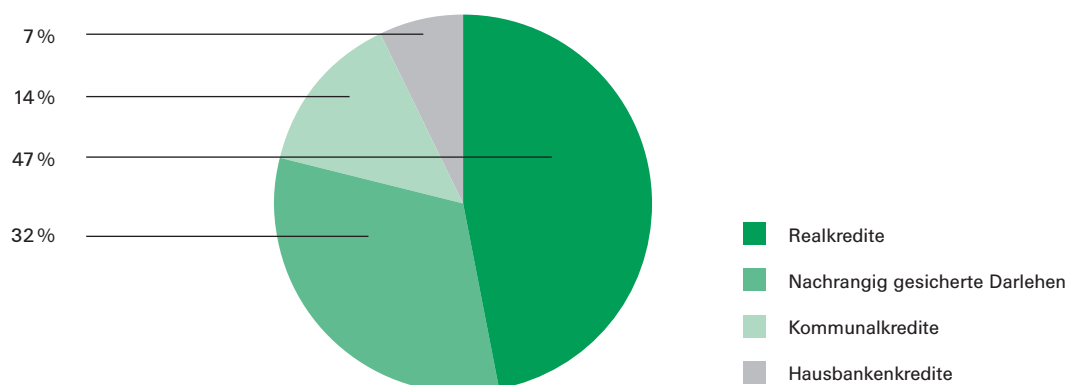
Kreditrisiko ist das Risiko, dass Vertragspartner ihren Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Höhe bzw. des Zeitpunktes nicht oder nur teilweise nachkommen.

Das Kreditgeschäft der SAB basiert auf der Risikostrategie. Diese wird einmal jährlich überprüft und vom Vorstand beschlossen. Der Vorstand und der Verwaltungsrat erhalten vierteljährlich einen Risikobericht, um die Risikostruktur und die Entwicklung des Kreditportfolios überwachen zu können.

Die Risikostrategie orientiert sich an den Förderbereichen der Bank und umfasst mindestens die Aspekte Volumen und Qualität. Weitere Kriterien können – je nach Förderbereich – die regionale Verteilung, die Branchenverteilung oder die Größenklassenverteilung sein. Die Risikostrategie umfasst auch das Treasury- und das Beteiligungsportfolio. Grundlage für die Risikostrategie bilden der Jahresabschluss, die Planungen der Bank sowie sonstige geschäftspolitische Analysen.

Die Kreditqualität ist maßgeblich von den zugrunde liegenden Förderprogrammen geprägt. Das Kreditportfolio besteht im Wesentlichen aus Realkrediten (47%) und grundbuchlich nachrangig gesicherten Darlehen (32%).

### Kreditqualität des Gesamtportfolios





Die Adressenausfallrisiken werden in Risikoklassifizierungsverfahren erfasst und hinsichtlich Volumen und Qualität bewertet. Je nach Förderbereich werden außerdem die Verteilung nach Regionen, Branchen und Größenklassen einbezogen. Ferner fließt in die Beurteilung von Wohnungsbauengagements eine regionalisierte Wohnungsmarktanalyse ein.

Zum Zwecke der portfolioübergreifenden Vergleichbarkeit der Adressenausfallrisiken werden die internen Risikoklassen an eine einheitliche Skala angepasst, die sich an der IFD-Skala (IFD – Initiative Finanzstandort Deutschland) orientiert. In die Risikoklassen 1 und 2 werden 66 % des Förderkreditportfolios eingeordnet. In den schlechtesten Klassen 7 und 8 befinden sich 11 %; bei diesen Engagements sind Sicherheiten in erheblichem Umfang vorhanden.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt einzel- und gesamtgeschäftsbezogen. Einzelgeschäftsbezogen bedeutet, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers sowie der Wert der Sicherheiten turnusmäßig und gegebenenfalls anlassbezogen überwacht und ausgewertet werden. Das Vorgehen entspricht den Geschäftsprozessen der SAB. Die gesamtgeschäftsbezogene Steuerung stellt auf die Instrumente zur Beobachtung und aktiven Einflussnahme auf Teilportfolien und das gesamte Kreditportfolio ab. Die Einbeziehung der Adressenausfallrisiken erfolgt GuV-bezogen anhand der unterjährigen Entwicklung der Einzelwertberichtigungen sowie der Risikovorplanung.

Bei der Bemessung der Risikovorplanung ist grundsätzlich auf den drohenden Forderungsausfall unter Berücksichtigung des Sicherheitenerlöses abzustellen. Im Teilportfolio Organisierte Wohnungswirtschaft kann von dem Grundsatz der Bemessung der Risikovorplanung auf den drohenden Ausfall abgewichen werden, wenn im Rahmen der Engagementbearbeitung eingeschätzt wird, dass das Engagement in Zusammenarbeit mit dem Darlehensnehmer in einem überschaubaren Zeitraum durch einen Forderungsverzicht auf einen bestimmten Teil der Forderung der SAB saniert werden kann. In diesen Fällen kann bei der Bemessung der Risikovorplanung auf einen zu kalkulierenden Forderungsverzicht abgestellt werden.

Der angesetzte Sicherheitenerlös ergibt sich aus den Erfahrungen der Bank unter Berücksichtigung von Abschlägen.

Die SAB unterscheidet die Teilkreditportfolien Selbstnutzer, Organisierte Wohnungswirtschaft, Private Vermieter im Wohnungsbau, Umwelt- und Landwirtschaft, Infrastruktur und Städtebau sowie Wirtschaft. Die Kundenstruktur ergibt sich aus der Zuweisung von Förderaufgaben an die SAB. Jedes Teilportfolio wird über spezifische Rating- und Scoringssysteme bewertet, überwacht und gesteuert. Diese Risikoklassifizierungssysteme werden regelmäßig im Rahmen von Backstetings überprüft.

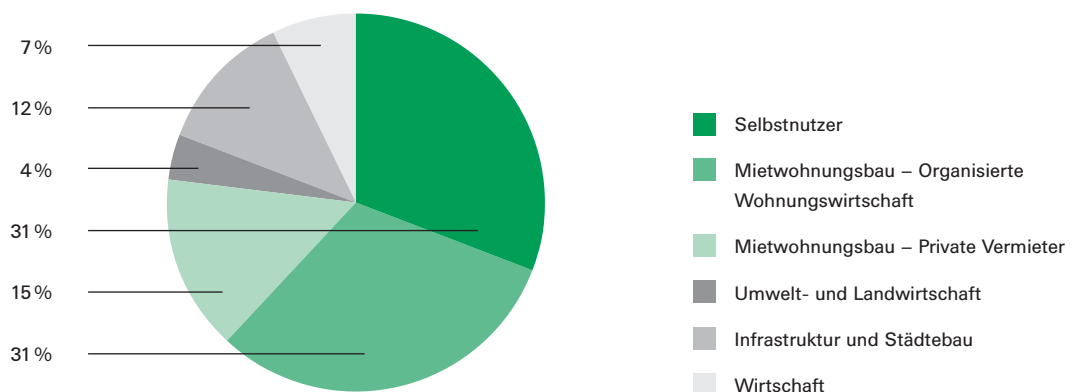
Zur Risikofrüherkennung werden diese Risikoklassifizierungsverfahren mit kontenbezogenen Negativmerkmalen sowie Ausfallprognosen und Portfolioanalysen verzahnt. Zur speziellen unterjährigen Steuerung und Quantifizierung der Adressenausfallrisiken wird außerdem ein Risikovorplanungssystem angewendet. Das gesamte Kreditrisikoüberwachungs- und -steuerungsinstrumentarium fließt in ein Berichtswesen ein, das die dem Kreditportfolio immanenten Risiken transparent macht.

Die Erkenntnisse aus der Risikofrüherkennung werden für das Risikovorplanungssystem genutzt. Basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre, den Ausfallprognosen sowie der unterjährigen Entwicklung der Risikovorplanung erstellt die SAB eine Prognose der notwendigen Risikovorplanung.

Aufgrund ihres Förderauftrages und einer förderbedingten Konzentration auf das Immobiliengeschäft bestehen bei der SAB sektorale und einzelkreditnehmerbezogene Konzentrationen. Diesem Umstand trägt die SAB durch besondere Beobachtung des sächsischen Wohnungsmarktes Rechnung. Das Volumen des Förderkreditportfolios stieg erstmals seit 2005 wieder an, ist aber insbesondere im Teilportfolio Wohnungsbau – Selbstnutzer nach Auslaufen der Zinsbindungsfrist weiterhin rückläufig. Die Forderungen aus dem Fördergeschäft betragen 6.385,0 Mio. €. Annähernd 37 % des Kreditportfolios besteht aus Krediten unter 0,5 Mio. €. Nennenswert ist auch der Anteil der Kredite über 5,0 Mio. € mit 48 %. Die ausgereichten Darlehen dienen insbesondere der Investitionsförderung.



## Volumenverteilung des Förderkreditportfolios



Das Teilportfolio Selbstnutzer umfasst mit 31 % des gesamten Kreditportfolios der SAB ein Volumen von 1.960,0 Mio. € und verteilt sich auf ca. 24.150 Privatkunden. Es ist angesichts seines hohen Umfangs risikorelevant. Die Risikorelevanz einzelner Engagements ist jedoch durch die hohe Granularität gering. Die Zusammensetzung des Portfolios ist im Berichtsjahr konstant geblieben. Zudem wurden Sondertilgungen zum Ablauf der Zinsbindungsfrist vorgenommen. Erkennbare Risiken in diesem Teilportfolio sind durch Einzelwertberichtigungen oder Pauschalwertberichtigungen abgedeckt.

Das Teilportfolio Organisierte Wohnungswirtschaft beinhaltet Kredite an Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen. Die Kredite wurden zum Zweck des Neu-, Um- und Ausbaues oder der Modernisierung von Mietwohnungen im Freistaat Sachsen im Rahmen der jeweiligen Förderprogramme vergeben. Das Teilportfolio mit einem Volumen von 2.007,0 Mio. € ist insbesondere aufgrund seiner Größe, des vergleichsweise hohen Obligos bei einzelnen Kreditnehmern sowie der schwierigen Marktbedingungen, unter denen diese Kreditnehmer tätig sind, für die Bank kreditrisikorelevant. Die Organisierte Wohnungswirtschaft in Sachsen verfügt über einen Wohnungsbestand von ca. 600.000 Wohnungen. Dies entspricht in etwa 40% des Bestandes an Wohnungen in Mehrfamili-

lienhäusern. Etwa die Hälfte der Wohnungsunternehmen nimmt aktiv am Stadtumbauprozess teil. Der Rückbau vollzieht sich fast ausschließlich im Bereich dieser Unternehmen. Durch den konsequenten Rückbau der Wohnungsbestände sächsischer Wohnungsunternehmen verringerte sich deren Leerstand auf aktuell durchschnittlich 11 % (2002: ca. 20%). Dies entspricht einem Bestand von 79.000 Wohneinheiten und steht für ca. ein Viertel des Gesamt leerstandes. Insbesondere bei den am Rückbau beteiligten Unternehmen hat sich die wirtschaftliche Situation durch den Wegfall leerstandsbedingter Kosten sowie die Alt-schuldenentlastung stabilisiert. Die Organisierte Wohnungswirtschaft ist durch die erfolgten aufwandsseitigen Anpassungsmaßnahmen wirtschaftlich stabiler als noch vor wenigen Jahren. Erkennbaren Risiken wurde durch Einzelwertberichtigungen oder die Belegung des Bürgschaftsrahmens des Freistaates Sachsen Rechnung getragen.

Das Teilportfolio Private Vermieter umfasst ein Volumen von 951,0 Mio. €. Bei den ca. 2.400 Kreditnehmern überwiegen die privaten Investoren. Dieses Portfolio ist aufgrund seines Umfangs, des betriebenen Individualgeschäfts sowie der schwierigen Marktbedingungen für die finanzierten (Sicherungs-) Objekte risikorelevant. Anders als die Organisierte Wohnungswirtschaft wirken die Privaten Vermieter bislang kaum am Stadtumbauprozess mit.

Insgesamt stieg die Risikokonzentration der Teilportfolien Wohnungsbau aufgrund des Abschmelzens des Teilportfolios Selbstnutzer.

Das Teilportfolio Umwelt und Landwirtschaft beinhaltet Förderdarlehen im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und Klimaschutzmaßnahmen, Kommunal- bzw. kommunalähnliche Kredite sowie Förderdarlehen an die sächsische Landwirtschaft in Höhe von insgesamt 262,0 Mio. €. Das gesamte Teilportfolio ist nach Art, Umfang und Komplexität als nicht risikorelevant einzustufen.

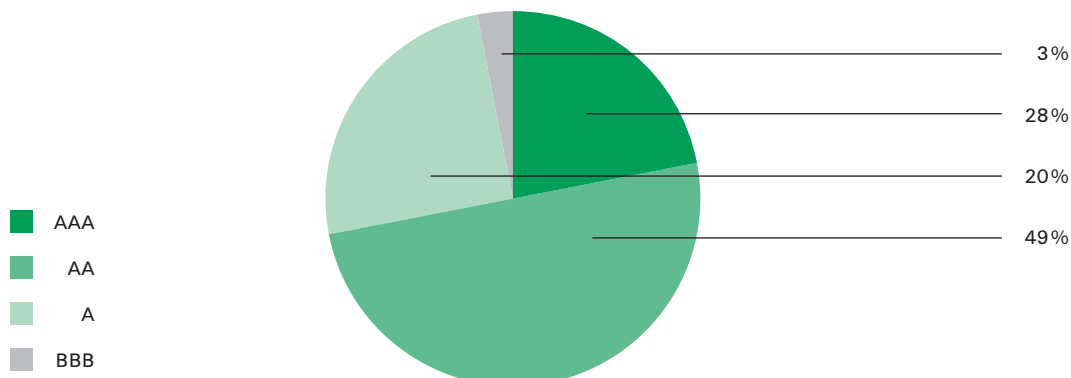
Das Teilportfolio Infrastruktur und Städtebau ist aufgrund seines hohen Anteils an Kommunalkrediten nicht risikorelevant. Die Forderungen aus dem Bereich Infrastruktur und Städtebau betragen im Berichtsjahr 754,0 Mio. €.

Das Teilportfolio Wirtschaft beinhaltet Förderdarlehen sowie Bürgschaften im Eigenobligo der Bank an Unternehmen der sächsischen Wirtschaft in Höhe von 445,0 Mio. € im Hausbankenverfahren. Der Bereich des Teilportfolios Wirtschaft, der die Zielgruppe der Förderprogramme Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen, Krisenbewältigung und Neustart sowie Liquiditätshilfedarlehen der gewerblichen Wirtschaft repräsentiert, ist nur in geringem Maße als risikorelevant einzustufen. Bestehende Risiken sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Treasuryaktivitäten der SAB umfassen Wertpapiergeschäfte, Geschäfte in Derivaten, Geld- und Kapitalmarkt- sowie Devisengeschäfte. Die Risikostrategie für das Teilportfolio Treasury stellt den strategischen Rahmen dar. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung an den Finanzmärkten sind und werden ergänzend operative Festlegungen getroffen. Es werden ausschließlich fest- und variabelverzinsliche Euro-Wertpapiere erworben, wobei Zinsrisiken grundsätzlich abgesichert werden. Auf den Kauf von strukturierten Wertpapieren wird verzichtet.

Das Wertpapiergeschäft der Bank dient dem Aufbau langfristiger Aktiva mit guter Kreditqualität, verbunden mit einer Risikodiversifikation des vorhandenen Kreditportfolios sowie einer nachhaltigen Stärkung der Ertragskraft. Dem Erwerb von Wertpapieren in den Anlagebestand liegt dabei der „Buy and Hold“-Ansatz zugrunde, der den Status der SAB als Nichthandelsbuchinstitut bestätigt. Dem folgt eine Bilanzierung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Schwebende Verluste sind somit nicht GuV-wirksam, sofern keine dauerhafte Wertminderung angenommen wird. Das Treasury der SAB verfolgt eine konservative Anlagestrategie. 28% des Wertpapierportfolios sind mit AAA-Adressen und weitere 49% mit AA-Adressen belegt.

Qualität des Wertpapierportfolios



Darüber hinaus hält die SAB Schuldscheindarlehen gegenüber inländischen öffentlichen Stellen in Höhe von 1.480,0 Mio. € im Bestand, welche nach Solvabilitätsverordnung nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen und nicht dem Wertpapierportfolio zugeordnet werden.

Voraussetzung für Anlageentscheidungen sind Mindestratings der Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's oder Fitch. Einer Anlageentscheidung werden zusätzlich eigene Erkenntnisse zugrunde gelegt. Konkret erfolgt eine eingehende Analyse der Bonität des Schuldners, der relevanten Märkte und der Art und Ausstattung des Finanzproduktes.

Im Bestand der SAB befanden sich zu keinem Zeitpunkt verbriefte Subprime-Kredite. Für Risiken im Wertpapierbestand wurde ein Betrag von 50,0 Mio. € vorsorglich mit Eigenmitteln unterlegt.

Kontrahentenrisiko ist das Risiko, bei dem durch den Ausfall eines Vertragspartners ein unrealisierter Gewinn aus schwebenden Geschäften nicht mehr vereinnahmt werden kann. Dieses Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die Kontrahenten der SAB müssen auf unbesicherter Basis grundsätzlich ein Mindestrating von AA und auf besicherter Basis ein Mindestrating von A aufweisen.

Länderrisiko kann ein Kredit- oder Kontrahentenrisiko sein, welches nicht durch den Vertragspartner selbst, sondern aufgrund seines Sitzes im Ausland besteht. Wirtschaftliche oder politische Einflussnahme des Landes kann die Zahlung des zahlungspflichtigen Vertragspartners beeinflussen. Da sich die Tätigkeit der SAB auf Sachsen beschränkt, ist das Länderrisiko innerhalb des Kreditrisikos kaum relevant. Es bestehen vereinzelte Darlehen an ausländische Kreditnehmer zum Zwecke der Finanzierung sächsischer Wohnimmobilien. Der Erwerb ausländischer Anleihen ist beschränkt. Gemäß den Rahmenbedingungen für das Betreiben von Handelsgeschäften der SAB handelt es sich vornehmlich um Risiken aus EWWU-Ländern. Eine Länderrisikovorsorge ist derzeit nicht notwendig.

Das Beteiligungsrisiko beschreibt die Gefahr potenzieller Wertverluste aufgrund von Dividenden-

ausfällen, Abschreibungen, Reservenrückgängen oder Veräußerungsverlusten. Das Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die SAB geht Beteiligungen nur aus strategischen Erwägungen im Rahmen des Förderauftrages ein.

### **Marktpreisrisiken**

Das Marktpreisrisiko ist die Gefahr der Vermögenswertminderung aufgrund sich verändernder preisbildender Parameter, beispielsweise:

- ▶ Zinsen
- ▶ Aktienkurse
- ▶ Währungskurse

Das Zinsänderungsrisiko beschreibt die Schwankungen des Zinsüberschusses und Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft wegen der Veränderlichkeit der Zinsstrukturkurven. Dieses Risiko wird durch die SAB als wesentlich eingestuft. Refinanzierungen erfolgen weitestgehend fristenkongruent. Die SAB betreibt eine benchmarkorientierte Zinsbuchsteuerung. Die Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Modells unter Zugrundelegung eines Konfidenzniveaus von 99% und einer Haltdauer von zehn Tagen. Zum 30.12.2010 war das Limit von 35,0 Mio. € zu 54,6% ausgelastet. Der vergleichsweise geringe Auslastungsgrad resultiert aus einer Verringerung der offenen Zinsposition im Dezember 2010. Zudem wird die Auswirkung eines standardisierten Zinsschocks auf den Barwert des Zinsbuches ermittelt. Diese belief sich zum Jahresende auf 12,2% des haftenden Eigenkapitals und liegt damit deutlich unter der aufsichtsrechtlichen Schwelle von 20%.

Die bei der Bank bestehenden Risiken resultieren ausschließlich aus dem zinstragenden Geschäft. Die Bank setzt zur Steuerung auch Derivate ein. Sämtliche Derivategeschäfte wurden zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Die Messung des Zinsrisikos erfolgt sowohl barwertig über einen Value-at-Risk-Ansatz als auch GuV-orientiert. Die Berücksichtigung extremer Marktsituationen erfolgt im Rahmen von Szenariorechnungen. Die SAB hat keine Aktienrisiken. Die Beteiligung mit fünf Aktien am Europäischen Investitionsfonds (EIF) wurde wegen des strategischen

Charakters dieses Aktienbesitzes unter das Beteiligungsrisiko gefasst.

Währungsforderungen und -verbindlichkeiten werden täglich zum aktuellen Kurs bewertet.

Fremdwährungsgeschäfte werden grundsätzlich über Gegengeschäfte vollständig gesichert.

### **Operationelle Risiken**

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Das rechtliche Risiko ist in dieser Definition eingeschlossen. Strategische und Reputationsrisiken werden nicht betrachtet. Die operationellen Risiken werden als wesentlich eingeschätzt. Die Abteilung Controlling erfasst, analysiert, systematisiert und bewertet eingetretene Risiken bankweit in einer Schadensfalldatenbank. Entscheidungen über Maßnahmen zur Risikosteuerung trifft der Vorstand, die Überwachung obliegt dem Controlling.

Die SAB verfügt über eine umfassende Notfallplanung. Der Parallelbetrieb mehrerer Rechenzentren gewährt die IT-Sicherheit. Des Weiteren existieren diverse Kontrollmechanismen, Dokumentationspflichten, Standardisierungen, Zugangsbeschränkungen sowie Versicherungen zu verschiedenen Aspekten.

### **Liquiditätsrisiken**

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit durch einen unerwarteten Abfluss von Zahlungsmitteln oder fehlende Möglichkeiten der Zahlungsmittelbeschaffung. Zu den Liquiditätsrisiken gehören das Risiko unzureichender Marktliquidität und das Liquiditätsrisiko des Kreditinstituts, wonach die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen betrags- und/oder fristgerecht nur mit einem erhöhten Refinanzierungsaufwand (Anstieg der Refinanzierungsspreads) nachkommen könnte, bis hin zur Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Liquiditätsrisiken wurden als wesentlich eingestuft. Aufgrund der guten Bonität der SAB vor dem Hintergrund der Anstaltslast und Gewährträger-

haftung sind die Liquiditätsrisiken nicht erheblich. Der SAB werden von ihren Partnern Limite eingeräumt, über die auch Liquiditätsschwankungen ausgeglichen werden können. Risikominierend wirkt außerdem, dass die SAB kein Einlagengeschäft betreibt.

Das Risiko der unzureichenden Marktliquidität wird als gering eingeschätzt. Die SAB betreibt kein Eigenhandelsgeschäft, sie ist Nichthandelsbuchinstitut gemäß § 2 Abs. 11 KWG.

Die Steuerung der Liquidität erfolgt über das Treasury, das täglich eine Liquiditätsübersicht erstellt.

Die aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung wurden sowohl quantitativ als auch qualitativ eingehalten.

Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im Berichtsjahr zwischen 1,59 und 3,03 (Vorjahr: 2,26 und 3,94). Die Überwachung obliegt dem Rechnungswesen der SAB.

Die Berichterstattung über Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen der Sitzungen des Risikoausschusses.

Die Liquiditätsrisiken werden, da diese nicht sinnvoll mit Eigenkapital unterlegt werden können, nicht in die Risikotragfähigkeitsberichterstattung einbezogen.

### **Geschäftsrisiken**

Das Geschäftsrisiko ist in der SAB definiert als die Gefahr einer Unterschreitung des geplanten Kundengeschäftsergebnisses. Das Geschäftsrisiko resultiert sowohl aus den Abweichungen des tatsächlichen Konditionsbeitrages vom geplanten Konditionsbeitrag als auch aus der Nichterreichung geplanter Kundengeschäftsvolumina.

Aufgrund des Status als Förderinstitut steht die SAB bei der Vergabe von Fördermitteln nicht im unmittelbaren Wettbewerb mit den Banken. Das Risiko besteht demzufolge im Wesentlichen für das Prolongations-/Zinsanpassungsgeschäft und aufgrund des Förderauftrages der Bank nur in geringem Umfang für das Neugeschäft.

Das Geschäftsrisiko ist als wesentlich klassifiziert und in das Risikotragfähigkeitskonzept einbezogen.

## 9. Prognosebericht

### Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Der wirtschaftliche Aufschwung dürfte sich in 2011 weiter fortsetzen, wenn auch mit etwas verminderter Kraft. Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. rechnet damit, dass die weltwirtschaftlichen Impulse im Jahr 2011 schwächer sein werden, da die Gegenreaktionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise mittlerweile weitgehend abgeschlossen sein dürften. Der Außenhandel wird für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts noch weniger relevant sein als im laufenden Jahr. Die Exporte werden zwar immer noch steigen, die Importe im Gegenzug genauso schnell anwachsen. Da schließlich auch die Anreize aus den Konjunkturprogrammen entfallen, geht von der Finanzpolitik ein sichtlich restriktiver Impuls auf die Konjunktur aus. Die Investitionen werden im nächsten Jahr voraussichtlich weiter merklich steigen, maßgeblich befördert durch die historisch niedrigen Zinsen, die insbesondere beim privaten Wohnungsbau als Anreiz wirken dürften. Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass das BIP in 2011 gegenüber 2010 um 2,2% steigen wird. Aufgrund weiterhin bestehender gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte sowie noch nicht gelöster Schuldenprobleme bestehen auch für kommende Jahre erhebliche Risiken für erneute konjunkturelle Einbrüche.

In 2011 rechnet das ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. für Sachsen mit einem Wirtschaftswachstum von 2,1%. Es dürfte damit stärker ausfallen als in Ostdeutschland insgesamt (2,0%) und nur leicht unter dem deutschen Durchschnitt liegen. Im verarbeitenden Gewerbe Sachsens wird im nächsten Jahr mit einer etwas dynamischeren Entwicklung der Bruttowertschöpfung gerechnet, dagegen dürfte es im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister zu einer schwächeren Entwicklung kommen, da der Freistaat Sachsen auch im Jahr 2011 die Konsolidierung stärker vorantreiben wird als andere Länder.

Der Freistaat Sachsen steht vor den gleichen demografischen Herausforderungen wie Deutschland insgesamt: Es werden zu wenige Kinder geboren, um den Bestand der Bevölkerung nachhaltig zu

sichern. Verbunden mit den anhaltenden Abwanderungen führt dies zu einem fortschreitenden Rückgang der Einwohnerzahl. Gemäß der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts des Freistaates Sachsen wird die sächsische Bevölkerung bis zum Jahr 2025 gegenüber 2009 voraussichtlich zwischen 9% und 12% schrumpfen.

Eine zweite Leerstandswelle im Wohnungsmarkt steht an. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage am sächsischen Wohnungsmarkt wird sich aufgrund des Nachrückens der geburtenschwachen Nachwendegeneration wieder öffnen. Nach den Prognosen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, die sich mit den Aussagen einer Studie des Leibniz-Institutes für ökologische Raumentwicklung e.V. in Dresden zum Potenzial der Ersthochfrager auf dem ostdeutschen Wohnungsmarkt decken, wird die Gruppe der 18- bis unter 30-Jährigen bis zum Jahre 2015 aufgrund des Nachwendegeburtenschocks auf fast die Hälfte des Niveaus der vergangenen Jahre absinken. Selbst mit einer Weiterführung des geförderten Rückbaus auf bisherigem Niveau kann die bislang erreichte Leerstandsquote bestenfalls gehalten werden.

Von der demografischen Entwicklung sind insbesondere die Teilportfolien Mietwohnungsbau der Organisierten Wohnungswirtschaft und der Privaten Vermieter betroffen. Die SAB geht davon aus, dass sich ihre Kunden auf die daraus resultierenden Belastungen einstellen werden.

### Fördertätigkeit

Es ist das Ziel der SAB, ihre Stellung als zentrales Förderinstitut sowie als Dienstleister des Freistaates Sachsen weiter zu festigen. Dies soll durch eine effiziente Abwicklung der Förderprogramme sowie hohe Flexibilität bei der Lösung der anstehenden Aufgaben erreicht werden.

Das Neugeschäft der Bank wird 2011 gegenüber dem Berichtsjahr spürbar abnehmen. Dies ist auf das Auslaufen verschiedener Förderprogramme (z.B. Regionales Wachstum), rückläufige Mittelausstattungen für den Städtebau und auf den Rückgang von Haushaltsmitteln des Freistaates Sachsen zurückzuführen.

Die SAB wird in 2011 – wie auch in den darauf folgenden Jahren – den gesamten Prozess des Stadtumbaus durch die Finanzierung des Rückbaus und durch Beiträge zur Sicherstellung der Liquidität der Wohnungswirtschaft begleiten. Die Bank ist bestrebt, in der Wohnungsbaufinanzierung Neugeschäft zu generieren und gleichzeitig die Portfolioqualität zu verbessern bzw. mindestens beizubehalten. In 2011 stehen wiederum Teile des Darlehensbestandes zur Zinsanpassung an. Ziel ist es, den Trend des Abschmelzens des vorhandenen Darlehensbestandes zu verlangsamen. Damit ließe sich ein Beitrag zur Sicherung der Ertragskraft leisten.

Im Bereich Infrastruktur und Städtebau wird die SAB vor allem den Ausbau des Kreditgeschäfts mit juristischen Personen des öffentlichen Rechts, insbesondere bei der Infrastrukturfinanzierung, weiter forcieren.

Die Zuschussförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die Technologieförderung und die Mittelstandsrichtlinie bleiben noch auf längere Sicht wichtige Instrumente im Bereich der Wirtschaftsförderung. Vor dem Hintergrund der Befürchtungen des sächsischen Mittelstandes vor erschwerten Zugangsmöglichkeiten zu einer ausreichenden Kreditversorgung bleibt es weiterhin zentrales Ziel der SAB, die Kreditversorgung der gewerblichen Wirtschaft, des Handwerks und der freien Berufe im Freistaat Sachsen zu unterstützen. Bei der Abwicklung der Wirtschaftsförderprogramme kommt den Partnerbanken der SAB auch in Zukunft ein besonderer Stellenwert zu, da verschiedene Förderprogram-

me im Hausbankenverfahren abgewickelt werden. Die Hausbanken sind hier sowohl Vertriebs- als auch Risikopartner der SAB, da sie einerseits die Fördermittel an den Endkunden weiterleiten und andererseits das Obligo in ihre Bücher nehmen.

In der Umwelt- und Landwirtschaftsförderung wird die Finanzierung von Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Form von Darlehen und Zuschüssen auf hohem Niveau fortgeführt. Zur Umsetzung der Abwasserstrategie des Freistaates Sachsen bis 2015 wird die SAB überwiegend Investitionsvorhaben zur Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum fördern.

Der demografische Wandel und der damit verbundene Fachkräftemangel machen deutlich, dass die Aus- und Weiterbildungsförderung eine wichtige Aufgabe der SAB bleibt.

Vor dem Hintergrund mittelfristig zurückgehender Fördermittel und der Jährlichkeitsproblematik von Haushaltsmitteln engagiert sich die Bank für die verstärkte Anwendung ressourcenschonender neuer Förderinstrumente, bspw. revolvingender Fonds. Hier erwartet die Bank, dass sie in 2011 neue Förderaufgaben vom Freistaat Sachsen übertragen bekommt.

#### **Ertrags- und Finanzlage**

Die Erlösplanung berücksichtigt nur Programme, für die bereits ein Auftrag des Freistaates Sachsen vorliegt oder kurz vor dem Abschluss steht. Die Bank plant mit einem Betriebsergebnis von 54,0 Mio. € vor Risikovorsorge.

<b>Planung 2011</b>		<b>Mio. €</b>
Zinsüberschuss		93,0
Provisionsüberschuss		49,4
Ordentliche Aufwendungen		90,3
- Personalaufwand	57,9	
- Sachaufwand (inkl. Afa)	32,4	
Sonstiges Ergebnis		1,9
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>		<b>54,0</b>

Die zuvor genannte Reduzierung der Zinsrisikoposition führte im Jahr 2010 zu Einmalerlösen aus Swapaufösungen. Die Verringerung des geplanten Zinsüberschusses des Jahres 2011 ist maßgeblich auf den Wegfall dieser Einmaleffekte zurückzuführen.

Der Provisionsüberschuss des Jahres 2010 wurde in Höhe von rund 3 Mio. € aus einer Nachzahlung für ein volumenstarkes Förderprogramm positiv beeinflusst. Da dieser Effekt für das Jahr 2011 nicht mehr zu erwarten ist, wird der Provisionsüberschuss voraussichtlich sinken.

Der Anstieg der geplanten Personal- und Sachaufwendungen ist hauptsächlich auf das bankinterne Projekt zur Erneuerung der DV-Unterstützung zurückzuführen.

Die SAB wird ihre Anlagestrategie „Sicherheit geht vor Ertrag“ weiterführen. Instrumente, bei denen die Risiken nicht hinreichend beurteilt werden können, dürfen nicht erworben werden.

Die Geschäftsleitung erwartet, dass das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge mittelfristig oberhalb einer Grenze von 50 Mio. € liegen wird.

Wir danken unseren Mitarbeitern für die geleistete gute Arbeit und die hohe Einsatzbereitschaft.

Des Weiteren gilt unser Dank dem Personalrat für eine pragmatische und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Unseren Kunden und Partnern danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Dresden, 7. März 2011

Stefan Weber  
Andre Koberg  
Ronald Kothe

## Bericht des Verwaltungsrates 2010

Im Rahmen seiner satzungsmäßigen Aufgaben hat der Verwaltungsrat insbesondere die Tätigkeit der Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat und seine Mitglieder im mündlichen und schriftlichen Kontakt laufend über die wesentlichen Vorgänge der Bank informiert.

Der Verwaltungsrat trat am 29. März 2010, 21. Juni 2010, 20. September 2010 und 13. Dezember 2010 zu ordentlichen Sitzungen zusammen.

Im Kreditausschuss des Verwaltungsrates wurden Beschlüsse über Organkredite sowie über weitere in seine Zuständigkeit fallende Kreditengagements getroffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 wurden durch die zum Abschlussprüfer bestellte Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Dem Verwaltungsrat wurden der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht durch den Vorstand vorgelegt.

Nach eigener Prüfung der Vorlagen stimmt der Verwaltungsrat dem Jahresabschluss und dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu.

Der Verwaltungsrat beschließt, den Jahresüberschuss von 241,7 Mio. € in Höhe von 240,0 Mio. € zur Erhöhung des Stammkapitals zu verwenden und den verbleibenden Betrag von 1.705 T€ zu 20% (= 341 T€) **der satzungsmäßigen Rücklage** zuzuführen und zu 80% (= 1.364 T€) **in die anderen Gewinnrücklagen** einzustellen.

Der Verwaltungsrat  
Prof. Dr. Georg Unland  
Vorsitzender



## Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

### Aktiva

Aktiva	€	€	Vorjahr	T€
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand	22.610,83			22
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	17.451.048,18	17.473.659,01		11.058
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank				
€ 17.451.048,18				
Vorjahr:	T€ 11.058			
<b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig	143.817.276,13			104.191
b) andere Forderungen	787.344.296,31	931.161.572,44		714.280
<b>3. Forderungen an Kunden</b>				
		6.768.948.662,80		6.360.175
darunter:				
durch Grundpfandrechte				
gesichert	€ 2.983.750.829,01			
Vorjahr	T€ 2.975.587			
Kommunalkredite	€ 2.234.106.296,97			
Vorjahr	T€ 1.629.243			
<b>4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten	118.389.464,72			20.562
ab) von anderen Emittenten	1.025.246.099,52	1.143.635.564,24		1.266.796
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	€ 1.138.465.290,27			
Vorjahr	T€ 1.282.187			

<b>Aktiva</b>	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>T€</b>
<b>5. Beteiligungen</b>		1.802.121,68		1.802
darunter:				
an Kreditinstituten	€ 1.589.871,68			
Vorjahr	T€ 1.590			
<b>6. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>		135.000,00		135
darunter:				
an Kreditinstituten	€ 0,00			
Vorjahr	T€ 0			
<b>7. Treuhandvermögen</b>		177.205.249,77		154.663
darunter:				
Treuhandkredite	€ 177.205.249,77			
Vorjahr	T€ 154.663			
<b>8. Immaterielle Anlagewerte</b>		2.774.020,00		1.243
<b>9. Sachanlagen</b>		30.237.424,38		30.379
<b>10. Sonstige Vermögensgegenstände</b>		5.242.648,15		4.880
<b>11. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		15.663.373,56		16.227
<b>Summe der Aktiva</b>		9.094.279.296,03		8.686.413

## Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

### Passiva

Passiva	€	€	€	Vorjahr	T€
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>					
a) täglich fällig		111.923.335,62			130.091
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		6.387.697.576,13	6.499.620.911,75		6.415.306
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, andere Verbindlichkeiten</b>					
a) täglich fällig		637.124.908,75			548.512
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		868.214.091,19	1.505.338.999,94		550.086
<b>3. Treuhandverbindlichkeiten</b>			177.205.249,77		154.663
darunter: Treuhandkredite € 177.205.249,77 Vorjahr T€ 154.663					
<b>4. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			16.030.695,90		25.022
<b>5. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			124.990.056,69		133.208
<b>6. Rückstellungen</b>					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		8.785.000,00			6.060
b) Steuerrückstellungen		0,00			0
c) andere Rückstellungen		11.112.105,23	19.897.105,23		13.974
<b>7. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			140.089.114,79		140.089

Passiva	€	€	€	Vorjahr	T€
<b>8. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			0,00	200.000	
<b>9. Eigenkapital</b>					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital	260.000.000,00			260.000	
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	50.000.000,00	310.000.000,00		50.000	
b) Kapitalrücklage		3.357.193,81		3.357	
c) Gewinnrücklagen					
ca) satzungsmäßige Rücklagen	253.092.244,27			12.751	
cb) andere Gewinnrücklagen	44.657.723,88	297.749.968,15		43.294	
d) Bilanzgewinn		0,00	611.107.161,96	0	
<b>Summe der Passiva</b>			9.094.279.296,03	8.686.413	

	€	€	€	Vorjahr	T€
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>					
a) Verbindlichkeiten aus weiter- gegebenen abgerechneten Wechseln			0,00	0	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewähr- leistungsverträgen			41.929.432,20	48.742	
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>					
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			368.807.718,79	375.120	

Dresden, 31. Dezember 2010/7. März 2011

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –  
Stefan Weber  
Andre Koberg  
Ronald Kothe

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2010  
Aufwendungen und Erträge

Aufwendungen	€	€	€	Vorjahr	T€
<b>1. Zinsaufwendungen</b>			214.074.828,00		263.586
<b>2. Provisionsaufwendungen</b>			26.041,68		1
<b>3. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften</b>			1.283,76		0
<b>4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	39.951.533,55				37.437
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, darunter: für Altersversorgung € 3.942.721,90 Vorjahr T€ 1.360	11.216.661,66	51.168.195,21			7.992
b) andere Verwaltungsaufwendungen		21.391.432,12	72.559.627,33		20.660
<b>5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			3.107.299,25		2.878
<b>6. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			1.443.803,12		5.548
<b>7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			43.736.878,29		0

Aufwendungen	€	€	€	Vorjahr	T€
<b>8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			4.571.234,18		2.045
<b>9. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			0,00		200.000
<b>10. Sonstige Steuern</b>			4.780,00		1
<b>11. Jahresüberschuss</b>			241.705.503,47		1.445
<b>Summe der Aufwendungen</b>			581.231.279,08		541.593

	€	€	€	Vorjahr	T€
<b>1. Jahresüberschuss</b>			241.705.503,47		
<b>2. Einstellung in die Gewinnrücklagen</b>					
a) in die satzungsmäßigen Rücklagen		240.341.100,69			
b) in die anderen Gewinnrücklagen		1.364.402,78	241.705.503,47		
<b>Bilanzgewinn</b>			0,00		

Erträge	€	€	€	Vorjahr	T€
<b>1. Zinserträge aus</b>					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		305.991.476,48			333.432
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		12.476.360,44	318.467.836,92		26.213
<b>2. Laufende Erträge aus</b>					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			0,00		0
b) Beteiligungen			0,00		25
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00		0
<b>3. Provisionserträge</b>			52.109.353,17		57.896
<b>4. Nettoertrag aus Finanzgeschäften</b>					
			0,00		215
<b>5. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>					
			0,00		62.680

Erträge	€	€	€	Vorjahr	T€
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			177.230,00		12.817
7. Entnahme aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			200.000.000,00		0
8. Sonstige betriebliche Erträge			9.903.691,71		48.315
9. Außerordentliche Erträge			573.167,28		0
<b>Summe der Erträge</b>			<b>581.231.279,08</b>		<b>541.593</b>

Dresden, 31. Dezember 2010/7. März 2011

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –  
Stefan Weber  
Andre Koberg  
Ronald Kothe



### 1. Vorbemerkung

Mit Wirkung vom 07.05.1996 erhielt die Sächsische Aufbaubank die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften im Sinne des § 1 Abs. 1 Nrn. 1–5 und 7–9 KWG. Sie nahm am 01.06.1996 ihren Geschäftsbetrieb auf. Das Betriebsanwesen befindet sich im Eigentum der Bank.

Die Sächsische Aufbaubank GmbH ist mit In-Kraft-Treten des „Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –“ (FöRdbankG) am 12.07.2003 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Der Freistaat Sachsen ist alleiniger Anteilseigner. Das Stammkapital von 260 Mio. € ist voll eingezahlt.

Die Bank erfüllt als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen die ihr durch §§ 2 und 3 FöRdbankG übertragenen Aufgaben. Die Geschäftstätigkeit umfasst insbesondere die Gewährung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und sonstigen Finanzierungshilfen sowie Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen auf den Gebieten Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktförderung, Technologieförderung, Wohnungs-, Städtebau- und Infrastrukturförderung, Landwirtschafts- sowie Umweltschutzförderung.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde wegen untergeordneter Bedeutung der Tochterunternehmen (SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Sächsisches Staatsweingut GmbH sowie Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH) und deren Beteiligungen gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet. Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH ist ein nachgeordnetes Unternehmen im Sinne von § 10a Abs. 2 KWG.

### 2. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Förderbankgesetzes und des Aktiengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß den Formblättern 1 und 2 der RechKredV.

### 3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB vorgenommen. Die speziellen Regelungen des § 340e HGB für Kreditinstitute sind beachtet worden.

Die Vorjahreszahlen wurden gem. Art 67 Abs. 8 EGHGB bei der erstmaligen Anwendung des BilMoG nicht angepasst.

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Die Abschreibung für die beweglichen und abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens erfolgt linear. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei dauernder Wertminderung. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 € bis 1.000 € liegen, wird ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre aufgelöst wird. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten unter 150 € liegen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere hat die Bank auch wie Anlagevermögen bewertet. Der Buchwert beträgt per 31.12.2010 1.131,3 Mio. € (ohne anteilige Zinsen). Bei über pari erworbenen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen wird das Aufgeld entsprechend der Laufzeit zu Lasten des Zinsertrages aufgelöst. Das Nominalvolumen der nicht zum strengen Niederwertprinzip bewerteten Wertpapiere beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.137,1 Mio. €. Die vermiedenen Niederwertabschreibungen belaufen sich auf 16,1 Mio. €.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen für dauernde Wertminderungen, bilanziert.

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden grundsätzlich zum Nennwert zuzüglich der Zinsabgrenzung ausgewiesen. Soweit Unterschiedsbeträge zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, sind

diese unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgeführt und werden planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Angekaufte Forderungen werden mit ihrem Nominalwert angesetzt abzüglich eines Korrekturpostens in Höhe der Differenz zu den Anschaffungskosten.

Die Agien für erworbene Schuldscheindarlehen bzw. Namenspapiere wurden im Berichtsjahr laufzeitanteilig zulasten des Zinsertrages abgezinst.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Anschaffungswert berücksichtigt. Die Grundstücke und Gebäude des Umlaufvermögens sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Den Kredit- und sonstigen Risiken wurde durch Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Kreditrisiken in der Eigentumsförderung bestehen pauschale Einzelwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10.01.1994. Die Berechnungsmethode der Pauschalwertberichtigung wurde per 31.12.2008 umgestellt (Durchschnittswert des risikobehafteten Kreditvolumens auf die fünf vorangehenden Bilanzstichtage und Durchschnittswert des tatsächlichen Forderungsausfalls auf die fünf vorangehenden Wirtschaftsjahre). Die in die Bürgschaft des Freistaates Sachsen einbezogenen Engagements wurden dabei wie einzelwertberichtigte Engagements behandelt. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt worden.

Die Eventualverbindlichkeiten werden in Höhe des verbürgten Kredites abzüglich der gebildeten Rückstellungen ausgewiesen. Die bestehenden Eventual-Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind in Höhe von 33.057 T€ durch Rückbürgschaften des Freistaates Sachsen gesichert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen zuzüglich der Zinsabgrenzung passiviert. Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Aufnahme- und Rück-

zahlungsbetrag werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Im Jahr 1997 wurde die Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank e.V. gegründet. Für die noch auf die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – entfallenden mittelbaren Pensionsverpflichtungen besteht eine Rückstellung in Höhe von 8.785 T€. Die Erhöhung der Pensionsrückstellungen resultiert u.a. aus dem Unterschiedsbetrag/Fehlbetrag in Höhe von 2.140 T€ aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG. Als biometrische Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet. Folgende weitere Annahmen lagen der Bewertung zugrunde:

	31.12.2010	31.12.2009
Rechnungszinssatz p.a.	5,16 %	5,25 %
Gehaltstrend p.a.	2,30 %	2,30 %
Beitragsbemessungsgrenze-Trend p.a.	2,30 %	2,30 %
Rententrend p.a.	1,75 %	1,75 %
Fluktuation p.a.	0,00 %	0,00 %

Rückstellungen für Altersteilzeit (Blockmodell) erfolgten in Höhe von 3.150 T€ und wurden auf Basis der Bewertungsmethodik bei Anwendung des BilMoG zum 31.12.2009 ermittelt. Auf die Buchung des Unterschiedsbetrages (Auflösung) in Höhe von 61.521,00 € wurde aufgrund zukünftiger Zuführungen verzichtet. Folgende Annahmen lagen der Bewertung zugrunde:

	31.12.2010	31.12.2009
Rechnungszinssatz p.a.	5,16 %	5,25 %
Gehaltstrend p.a.	2,30 %	2,30 %

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen. Die Rechnungsabgrenzungen wurden in angemessener Weise vorgenommen. Die Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit den von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Zinssätzen abgezinst. Durch die Abzinsungen ergaben sich außerordentliche Erträge in Höhe von 573 T€.

Fremdwährungsverbindlichkeiten in USD sind durch Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt, die Umrechnung erfolgte gem. § 340h HGB. Das Umrechnungsergebnis wird unter dem Nettoaufwand aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Das Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten gem. § 254 HGB wurde angewendet.

Die SAB schließt Derivate ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken ab.

Mikroswaps dienen dabei der Absicherung von Risiken aus Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Refinanzierungen. Grundgeschäft und Swap sind jeweils zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Zum 31.12.2010 hat die SAB Bewertungseinheiten in Höhe von 1.680,0 Mio. € gebildet.

Es wurden insgesamt Mikroswaps im Nennwert von 1.379,0 Mio € zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken aus Wertpapieren und Schuldscheindarlehen und Mikroswaps im Nennwert von 301,0 Mio. € zur Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken aus Refinanzierungen abgeschlossen (Seite 49).

Makroswaps dienen der Absicherung von Zinsänderungsrisiken des gesamten Zinsbuches. Zum 31.12.2010 beträgt der Bestand an Makroswaps nominal 2.595,0 Mio. €. Die Wirksamkeit der Makroswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos wird regelmäßig überprüft.

Die den geschlossenen Bewertungseinheiten zugrunde liegenden Sicherungsbeziehungen gleichen sich hinsichtlich Nominalbetrag, Währung, Laufzeit, Zahlungsperioden und Referenzzins bis zum Ende der Bewertungseinheit aus.

Der Marktwert der Derivate wird mittels Barwertrechnung ermittelt. Hierzu werden die zukünftigen Zahlungsströme entsprechend der aktuellen Zinskurve abgezinst.

#### **4. KWG-Grundsätze**

Die Bank hat die Eigenmittelanforderungen nach SolvV während des gesamten Jahres eingehalten. Die Liquiditätskennzahl wurde stets erfüllt.

## 5. Fristengliederung ausgewählter Bilanzposten der Aktiv- und Passivseite nach Restlaufzeiten

<b>Andere Forderungen an Kreditinstitute</b> (31.12.2010)	<b>T€</b>
bis 3 Monate	9.193
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	39.901
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	447.271
mehr als 5 Jahre	290.979
<b>Summe</b>	<b>787.344</b>
Vorjahr	714.280

<b>Forderungen an Kunden</b> (31.12.2010)	<b>T€</b>
bis 3 Monate	157.386
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	169.857
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.064.131
mehr als 5 Jahre	4.377.575
<b>Summe</b>	<b>6.768.949</b>
Vorjahr	6.360.175

<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b> (31.12.2010)	<b>T€</b>
von öffentlichen Emittenten:	
bis 3 Monate	13.604
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	104.785
mehr als 5 Jahre	0
<b>Summe</b>	<b>118.389</b>

von anderen Emittenten:	
bis 3 Monate	57.992
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	139.221
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	662.404
mehr als 5 Jahre	165.629
<b>Summe</b>	<b>1.025.246</b>
<b>Summe gesamt</b>	<b>1.143.635</b>
Vorjahr	1.287.357

<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</b> (31.12.2010)	<b>T€</b>
bis 3 Monate	217.921
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	165.726
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.299.047
mehr als 5 Jahre	1.705.004
<b>Summe</b>	<b>6.387.698</b>
Vorjahr	6.415.306

<b>Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (31.12.2010)</b>		<b>T€</b>
bis 3 Monate		215.714
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr		10.000
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre		100.000
mehr als 5 Jahre		542.500
<b>Summe</b>		<b>868.214</b>
Vorjahr		550.086

<b>Treuhandvermögen (31.12.2010)</b>		<b>T€</b>
Diese Position gliedert sich wie folgt:		
Forderungen an Kreditinstitute		13.165
Forderungen an Kunden		164.040
<b>Summe</b>		<b>177.205</b>
Vorjahr		154.663

## 6. Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

<b>Forderungen an Kunden (31.12.2010)</b>		<b>T€</b>
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen gegenüber Gesellschafter		1.195.665
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen darunter: nachrangig T€ 0	8.318	
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	63.251	
nachrangige Forderungen		6.758

<b>Anlagevermögen (31.12.2010)</b>		<b>T€</b>
Einzelheiten sind aus dem Anlagespiegel, (Seite 44/45) ersichtlich.		

<b>Sachanlagen (31.12.2010)</b>		<b>T€</b>
Die für betriebliche Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude haben einen Bilanzwert in Höhe von		
	25.971	
davon: Anlagen im Bau T€ 0,1		
Die Büro- und Geschäftsausstattung hat einen Bilanzwert in Höhe von		4.265

<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31.12.2010)</b>		<b>T€</b>
Von den in dieser Position ausgewiesenen Wertpapieren sind:		
börsennotiert		1.143.636
nicht börsennotiert		0
nicht nach Niederstwertprinzip bewertet		1.143.636

<b>Sonstige Vermögensgegenstände (31.12.2010)</b>		<b>T€</b>
In dieser Position sind enthalten:		
sonstige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		12
sonstige Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		2

<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b> (31.12.2010)	<b>T€</b>
In dieser Position sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	464.026
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	160
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	0

<b>Treuhandverbindlichkeiten</b> (31.12.2010)	<b>T€</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	133
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	177.072
<b>Summe</b>	177.205
Vorjahr	154.663

<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b> (31.12.2010)	<b>T€</b>
In dieser Position sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0

<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b> (31.12.2010)	<b>T€</b>
Aktivseite	
Agioabgrenzung Schuldscheindarlehen	0
vorausbezahlte Gehälter	2.078
Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	11.333
sonstige Aufwandsabgrenzungen	572
Derivate (Einmalzahlung Swap)	1.680
<b>Summe</b>	15.663
Vorjahr	16.226

<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b> (31.12.2010)	<b>T€</b>
Passivseite	
von Dritten im Voraus erhaltene Zinsverbilligungsmittel	92.130
Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungs- betrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	430
Derivate (Einmalzahlung Swap)	566
sonstige Ertragsabgrenzungen	31.864
<b>Summe</b>	124.990
Vorjahr	133.208

## 7. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen (01.01.–31.12.2010)	T€
aus Darlehensforderungen	298.890
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen	12.476
aus Geldanlagen	318
zinsähnliche Erträge	6.784
<b>Summe</b>	<b>318.468</b>
Vorjahr	359.645

Provisionserträge (01.01.–31.12.2010)	T€
Verwaltungskostenbeiträge	48.401
Provisionen aus Treuhandgeschäft	49
treuhänderisch verwaltete Fonds	3.275
sonstige	384
<b>Summe</b>	<b>52.109</b>
Vorjahr	57.896

Laufende Erträge (01.01.–31.12.2010)	T€
Beteiligungen	0
Vorjahr	25

Sonstige betriebliche Erträge (01.01.–31.12.2010)	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Erstattungen durch den Freistaat Sachsen	2.512

Außerordentliche Erträge (01.01.–31.12.2010)	T€
Abzinsung wegen BilMoG-Umstellung	573

Zinsaufwendungen (01.01.–31.12.2010)	T€
aus Refinanzierungen (davon aus nachrangigen Verbindlichkeiten T€ 5.974)	201.982
sonstige	12.093
<b>Summe</b>	<b>214.075</b>
Vorjahr	263.586

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (01.01.–31.12.2010)	T€
a) Personalaufwand	51.168
b) andere Verwaltungsaufwendungen	
▶ Aufwand Leiharbeitnehmer	5.061
▶ Dienstleistungen L-Bank – Förderbank –	4.772
▶ Gebäudeaufwendungen	3.091
▶ Beratungs- und Prüfungskosten	2.415
▶ Aufwendungen EDV und Wartung	1.773
▶ sonstige	4.279
Summe	21.391
<b>Summe gesamt</b>	<b>72.559</b>
Vorjahr	66.089

## 8. Sonstige Angaben

Das Nominalvolumen der abgeschlossenen derivativen Geschäfte betrug zum 31.12.2010 4.323,0 Mio. €, darin enthalten sind Devisentermingeschäfte in Höhe von 48,2 Mio. €.

Diese Geschäfte wurden ausschließlich zur Sicherung von Positionen des Bankbuchs getätigt.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt nominell 137.000 T€ übersteigen folgende Schuldscheindarlehen 10% des Gesamtbetrages:

25.000 T€	<b>Verzinsung 5,85%</b> Laufzeit bis 02.01.2017
15.000 T€	<b>Verzinsung 3,66%</b> Laufzeit bis 06.10.2023

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Umwandlungsmöglichkeit in eine andere Schuldform sind nicht gegeben. Die Darlehensbedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Die Darlehen sind in den Jahren 2011 bis 2026 endfällig.

Die stillen Einlagen betragen insgesamt 50.000 T€. Zwei Einlagen übersteigen 10% des Gesamtbetrages (25.000 T€ und 15.000 T€ mit je 5,75% Verzinsung und Laufzeit bis zum Jahre 2011 vereinbart). Die stillen Einlagen werden zum Bilanzstichtag nicht mehr dem haftenden Eigenkapital zugerechnet.

Zur Besicherung von Krediten wurden per 31.12.2010 Wertpapiere in Höhe von nominal 402.165 T€ der Deutschen Bundesbank verpfändet und Schuldscheindarlehen in Höhe von nominal 1.160.000 T€ der Deutschen Bundesbank abgetreten.

Fremdwährungsverbindlichkeiten bestanden im Gegenwert von 212.655 T€.

Außerbilanzielle Fremdwährungsforderungen bestanden im Gegenwert von 212.655 T€.

Die Bewertung erfolgte zum Kassakurs am Bilanzstichtag.

Im Beteiligungsbereich bestehen Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital in Höhe von 4,0 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB 200,0 Mio. € entnommen.

Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden nicht getätigt.

Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 berechnete Gesamthonorar in Höhe von 477.090,37 € gliedert sich wie folgt:

a) Abschlussprüfungsleistungen	145.824,00 €
b) Sonstige Leistungen	331.266,37 €

## Beteiligungsspiegel

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20%.

Name/Sitz	Eigenkapital per	Beteiligungsquote		Ergebnis
	31.12.2009	Stammkapital		2009
	T€	31.12.2010		T€
			T€	
SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Dresden	18.409	100%	110	-1.551
Sächsisches Staatsweingut GmbH, Radebeul	20.585	100%	25	-1.306
Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH, Dresden	118	100%	25	9
Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden	901	49%	25	-1.894



### **9. Angaben zur Steuerpflicht**

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist aufgrund ihrer Förderaufgaben von Ertragsteuer befreit.

### **10. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt**

Die Bank beschäftigte ohne Vorstand und Auszubildende im Jahresdurchschnitt 826 tariflich und 94 außertariflich bezahlte Mitarbeiter (insgesamt somit 920).

### **11. Gesamtbezüge und Darlehen der Organe**

Die Gesamtbezüge des Vorstandes, ohne Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, im Geschäftsjahr 2010 betragen 869 T€. An Mitglieder des Verwaltungsrates wurden 10,7 T€ gezahlt.

Darlehen an Mitglieder des Vorstandes/Verwaltungsrates wurden in Höhe von 295 T€ gewährt (Zinssätze 3,94%–4,96%, Restlaufzeiten von 2010–2020). Die Tilgungen betragen im Geschäftsjahr 2010 13,5 T€.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes wurden Rückstellungen für mittelbare Pensionsverpflichtungen in Höhe von 716 T€ gebildet.

### **12. Organe der Bank**

#### **Vorstand**

Stefan Weber  
Vorsitzender des Vorstandes  
Dresden

Ronald Kothe (ab 01.07.2010)  
Mitglied des Vorstandes  
Dresden

Andre Koberg (ab 01.07.2010)  
stellv. Mitglied des Vorstandes  
Dresden

Gerd Pohland  
Pensionär  
Dresden  
(bis 30.06.2010)

#### **Verwaltungsrat**

Prof. Dr. Georg Unland  
Vorsitzender  
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen  
Staatsminister  
Dresden

Sven Morlok  
stellvertretender Vorsitzender  
Sächsisches Staatsministerium für  
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Staatsminister  
Dresden

Helma Orosz  
Oberbürgermeisterin  
der Stadt Dresden

Uwe Albrecht  
Bürgermeister  
Dezernat Wirtschaft und Arbeit  
Stadtverwaltung Leipzig

Christian Brand  
Landeskreditbank Baden-Württemberg  
– Förderbank –  
Vorsitzender des Vorstandes  
Karlsruhe

Joachim Hoof  
Sachsen-Finanzgruppe  
Vorsitzender des Vorstandes  
Leipzig

#### **stellvertretende Mitglieder**

Hartmut Fiedler  
Sächsisches Staatsministerium für  
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Staatssekretär  
Dresden

Jürgen Hägele  
Landeskreditbank Baden-Württemberg  
– Förderbank –  
stellv. Vorsitzender des Vorstandes  
Karlsruhe

Dr. Harald Langenfeld  
Sachsen-Finanzgruppe  
Mitglied des Vorstandes  
Leipzig

#### **Arbeitnehmervertreter**

Christiane Heerdegen  
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –  
Personalratsvorsitzende  
Angestellte  
Dresden

Bernd Diethold  
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –  
Angestellter  
Dresden

André Finger  
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –  
Angestellter  
Dresden

#### **stellvertretende Mitglieder**

Sabine Ulrich  
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –  
Angestellte  
Dresden  
(bis 31.08.2010)

Lars Köhler  
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –  
Angestellter  
Dresden

Olaf Mundt  
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –  
Angestellter  
Dresden

#### **Mandate**

Stefan Weber, Vorsitzender des Vorstandes,  
übt folgende Mandate aus:

- ▶ seit dem 01.06.2007 im Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft mbH Hoyerswerda
- ▶ seit dem 20.06.2007 im Aufsichtsrat der Sächsischen Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden
- ▶ seit dem 10.09.2008 im Beirat der RKW Sachsen GmbH Dienstleistung und Beratung, Dresden
- ▶ bis 22.04.2010 im Aufsichtsrat der STESAD GmbH, Dresden

Ronald Kothe, Mitglied des Vorstandes, übt folgendes Mandat aus:

- ▶ bis 22.07.2010 im Aufsichtsrat der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden

Andre Koberg, stellv. Mitglied des Vorstandes,  
übt folgendes Mandat aus:

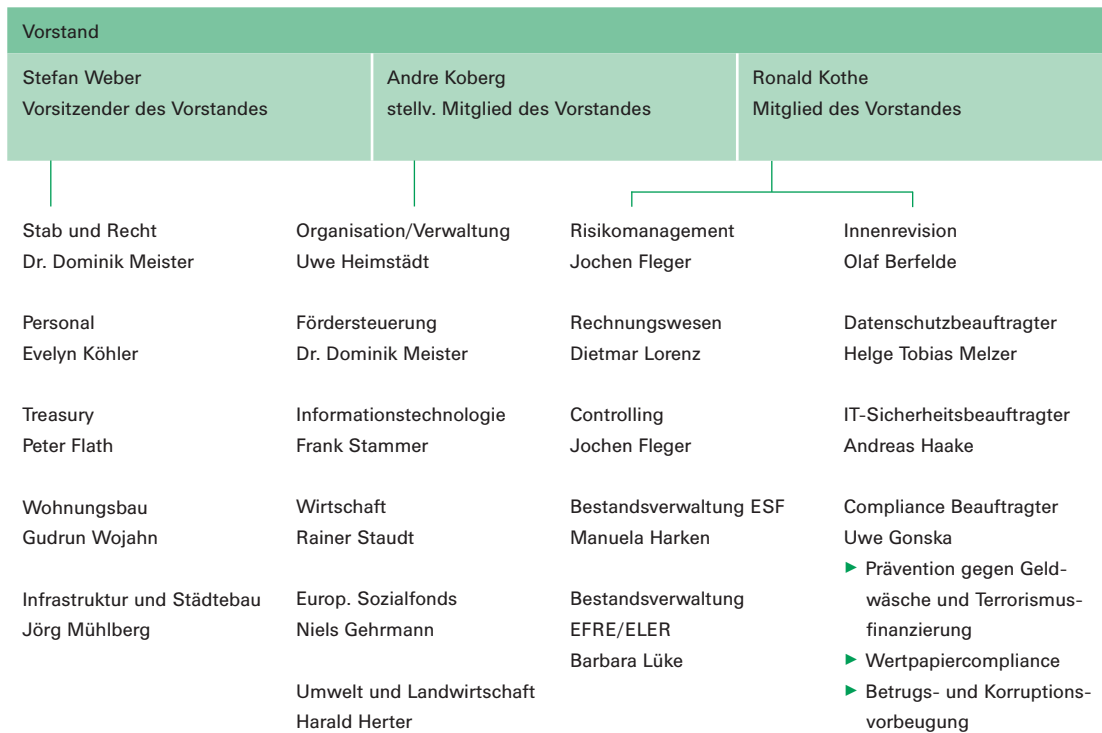
- ▶ seit dem 23.07.2010 im Aufsichtsrat der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden

#### **13. Verwendung des Jahresüberschusses**

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010 von 241.705.503,47 € in Höhe von 240.341.100,69 € in die satzungsmäßigen Rücklagen und in Höhe von 1.364.402,78 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Dresden, 7. März 2011

Stefan Weber  
Andre Koberg  
Ronald Kothe





## Anlagespiegel

	Anschaffungs- kosten Stand 01.01.2010 T€	Um- buchungen T€	Zugänge T€	Abgänge T€	Stand 31.12.2010 T€	Abschreibungen Stand 01.01.2010 T€
<b>I. Finanzanlagen</b>						
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (ohne HB)	1.282.683	0	71.237	216.356	1.137.564	4.991
Beteiligungen	3.847	0	0	0	3.847	2.045
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.160	0	4.571	0	7.731	3.025
<b>II. Immaterielle Anlage- werte</b>						
Immaterielle Anlagewerte	9.306	0	2.368	26	11.648	8.063
<b>III. Sachanlagen</b>						
Grundstücke und Gebäude	42.250	0	458	0	42.708	15.915
Anlagen im Bau	0	0	133	0	133	0
Betriebs- und Geschäfts- ausstattungen	13.835	0	1.129	916	14.048	10.537
Kunstgegenstände	66	0	0	0	66	0
Geringwertige Wirtschafts- güter	1.661	0	411	328	1.744	981
<b>Summe</b>	<b>57.812</b>	<b>0</b>	<b>2.131</b>	<b>1.244</b>	<b>58.699</b>	<b>27.433</b>
<b>Summe gesamt</b>	<b>1.356.808</b>	<b>0</b>	<b>80.307</b>	<b>217.626</b>	<b>1.219.489</b>	<b>45.557</b>

Um- buchungen	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2010	kumulierte Auflösung Agio	kumulierte Zuschrei- bungen	Buchwerte	
						Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2009
						T€	T€
0	0	0	4.991	1.241	17	1.131.349	1.276.561
0	0	0	2.045	0	0	1.802	1.802
0	4.571	0	7.596	0	0	135	135
0	836	26	8.873	0	0	2.775	1.243
0	954	0	16.869	0	0	25.839	26.335
0	0	0	0	0	0	133	0
0	1.046	914	10.669	0	0	3.379	3.298
0	0	0	0	0	0	66	66
0	271	328	924	0	0	820	680
0	2.271	1.242	28.462	0	0	30.237	30.379
0	7.678	1.268	51.967	1.241	17	1.166.298	1.310.120

### Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	Marktwerte
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
<b>Zinsrisiken</b>				
Zinsswaps	4.112	4.100	17	-346
FRAs	0	0	0	0
Zinsoptionen			0	0
Käufe (long)	0	0		
Verkäufe (short)	0	0		
Caps, Floors	0	0	0	0
Börsenkontrakte				
Sonstige Termingeschäfte	0	0	0	0
<b>Zinsrisiken gesamt</b>	<b>4.112</b>	<b>4.100</b>	<b>17</b>	<b>-346</b>
<b>Währungsrisiken</b>				
Devisentermingeschäfte, -swaps	43	48	0	0
Währungs-, Zinswährungsswaps	175	175	3	-13
Devisenoptionen			0	0
Käufe (long)	0	0		
Verkäufe (short)	0	0		
Börsenkontrakte	0	0		
Sonstige Währungstermingeschäfte	0	0	0	0
<b>Währungsrisiken gesamt</b>	<b>218</b>	<b>223</b>	<b>3</b>	<b>-13</b>

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	Marktwerte
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>				
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0
Aktioptionen			0	0
Käufe (long)	0	0		
Verkäufe (short)	0	0		
Börsenkontrakte	0	0		
Sonstige Termingeschäfte				
<b>Aktien und sonstige Preisrisiken gesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Kreditderivate</b>				
Käufe (long)	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	0	0
<b>Kreditderivate gesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>



### Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	Marktwerte
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Banken in der OECD	4.330	4.323	20	-359
Banken außerhalb der OECD	0	0	0	0
Öffentliche Stellen in der OECD	0	0	0	0
Sonstige Kontrahenten *	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>4.330</b>	<b>4.323</b>	<b>20</b>	<b>-359</b>

\* inkl. Börsenkontrakte

### Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	Marktwerte
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Zinskontrakte	0	0	0	0
Währungskontrakte	0	0	0	0
Aktienkontrakte	0	0	0	0
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0
<b>Handelsgeschäfte gesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

### Derivative Geschäfte – Fristengliederung

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	45	10	43	48	0	0	0	0
bis 1 Jahr	25	64	0	0	0	0	0	0
bis 5 Jahre	1.834	2.583	175	175	0	0	0	0
über 5 Jahre	2.208	1.443	0	0	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>4.112</b>	<b>4.100</b>	<b>218</b>	<b>223</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

### Derivative Geschäfte\*

	Zahlungsrichtung	Nominal	Marktwert
		€ Mio.	€ Mio.
Mikro-Hedge	Payer	1.279,0	-104,9
	Receiver	401,0	4,8
Makro-Hedge	Payer	2.570,0	-240,0
	Receiver	25,0	1,3
<b>Gesamt</b>		<b>4.275,0</b>	<b>-338,8</b>

\* ohne Devisentermingeschäfte



## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise

für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 7. März 2011  
Deloitte & Touche GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Katja Rohmann  
Wirtschaftsprüferin

Björn Grüneberg  
Wirtschaftsprüfer



**Herausgeber**

Sächsische Aufbaubank  
– Förderbank –  
Pirnaische Straße 9  
01069 Dresden  
Tel. 0351 4910-0  
Fax 0351 4910-4000  
[www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de)

**Redaktion**

Sächsische Aufbaubank  
– Förderbank –  
Wild Kommunikation

**Konzept und Gestaltung**

Wild Kommunikation

**Produktion**

Messedruck Leipzig GmbH